

# Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVII/76

20. April 1972

Eine schicksalsschwere Entscheidung

-----  
Vieles steht auf dem Spiel

Von Walter Krause MdL  
Innenminister von Baden-Württemberg

Seite 1 und 2 / 52 Zeilen

Warum schweigt Dr. Gerhard Schröder?

-----  
Zum Wirbel um die Protokollaufzeichnungen

Seite 3 und 4 / 55 Zeilen

Wahlchancen in Baden-Württemberg

-----  
Was letzte verlässliche Umfragen besagen

Von Dr. Heinz Brückner MdL  
Stellv. Vorsitzender der SPD Baden-Württemberg

Seite 5 / 27 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

## Eine schicksalsschwere Entscheidung

---

Vieles steht auf dem Spiel

Von Walter Krause MdL

Innenminister von Baden-Württemberg

Am 23. April 1972 fällt in Baden-Württemberg eine schicksalsschwere Entscheidung. Es geht bei dieser Landtagswahl nicht allein um den künftigen Kurs der Landespolitik, um die Frage, ob es in diesem Lande, wie wir Sozialdemokraten es wollen, eine Politik des sozialen Fortschritts geben wird. Es geht auch darum, ob die Wähler Baden-Württembergs ein klares Votum für die Friedenspolitik Willy Brandts abgeben werden, oder ob ausgerechnet der deutsche Südwesten mit seinen großen demokratischen Traditionen einen Landtag und eine Regierung wählen will, die mit ihrer Stimmabgabe die Verträge mit der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen zum Scheitern bringen könnte. Deshalb blickt die ganze Welt gespannt auf den Ausgang dieser Wahlen.

Sozialdemokraten haben in Bonn und in Stuttgart ihre Leistungskraft bewiesen. Seit wir seit Dezember 1966 wieder Regierungsverantwortung in Baden-Württemberg übernommen haben, ist auch hier langfristige Planung ein tragendes Element der Regierungsarbeit geworden. Im Landesentwicklungsplan, in der Gemeinde- und in der Verwaltungsreform fand dies seinen sichtbaren Ausdruck. Auf dem Weg zu einer produktiven Sozialpolitik im Sinne einer umfassenden sozialen Vorsorge haben wir entscheidende Fortschritte gemacht. Mit dem Umweltschutzbericht 1971 wurden erstmals beispielhaft für das ganze Bundesgebiet die Umweltprobleme aus einer ökologischen Gesamtschau heraus analysiert.

Am kommenden Sonntag gilt es aber auch, im Bundesrat den Weg

freizumachen für die sozialen Reformgesetze der Bundesregierung. Baden-Württemberg darf nicht länger in der Rolle eines Bremsers verharren, wie dies bisher beim Städtebauförderungsgesetz, beim sozialen Mietrecht, bei der Rentenreform und beim Betriebsverfassungsgesetz der Fall war.

Die SPD hat schon am 8. Januar auf ihrem Parteitag in Stuttgart ein detailliertes Programm zu allen landespolitischen Fragen vorgelegt, so daß sich der Wähler ein klares Bild machen kann. Dem hat die CDU nichts konkretes entgegengesetzt. Einer Diskussion um die landespolitischen Sachfragen ist sie ausgewichen.

Die schicksalsschwerste Frage, die die Wähler am Sonntag zu beantworten haben, lautet: Was wird aus den Ostverträgen, was wird aus der Friedens- und Entspannungspolitik Willy Brandts? Werden wir diese Friedenspolitik nach dem 23. April fortsetzen können oder wird dann Entspannung in der Welt an uns vorbei und womöglich auf unsere Kosten betrieben werden?

Nicht ohne Grund haben gerade in den letzten Tagen zahlreiche Professoren, Männer der Kirchen der beiden großen Konfessionen und viele andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft aufgerufen für diese Politik der Verständigung und des Friedens. Dieses Mal müssen sich alle bekennen, denn dieses Mal steht alles auf dem Spiel. Die menschlichen Erleichterungen für die Berliner und das große Vertrauen, das Bundeskanzler Willy Brandt für Deutschland in der Welt erworben hat. Das dürfen die Wähler in Baden-Württemberg nicht gefährden. Es geht am kommenden Sonntag um ein klares Votum für Frieden und Fortschritt, um ein klares Votum für die SPD.

(-/ex/20.4.1972/ks)

### Warum schweigt Dr. Gerhard Schröder?

---

#### Zum Wirbel um die Protokollaufzeichnungen

Die Endphase des baden-württembergischen Landtagswahlkampfes hat bewirkt, daß sich aus der Spitzengruppe der Führungen von CDU und CSU in der jüngsten Veröffentlichungsaffäre Politiker zu Wort meldeten, die sich üblicherweise nicht auf ein solches Pflaster begeben hätten. Bundesaußenminister Scheel hat das Treffende dazu gesagt. Keine ernstzunehmende Stimme hat ihm widersprochen. Daß es sich bei den Indiskretionen um kriminelle staatsgefährdende Akte handelt ist nicht zu übersehen.

Unbestreitbar ist leider auch - Verästelungen der Affäre lassen sich bis in die CDU/CSU-Fraktionsführung verfolgen - daß von dort aus Texte der anonymen Briefe zur rechtzeitigen Verbreitung an Journalisten gegeben wurden.

Es entbehrt nicht eines gewissen Reizes, die Oppositionsspitze daraufhin zu beobachten, wer in diesen fatalen Chor der Forderung nach Vorlage "aller Protokolle" eingestimmt hat und wer nicht. Der Vorsitzende des auswärtigen Ausschusses, Dr. Gerhard Schröder ist nicht unter ihnen.

Es wäre auch schwer vorstellbar, daß sich dieser erfahrene und mit allen Usancen der Auswärtigen Politik vertraute Politiker in solche Abseitspositionen begeben könnte. Er weiß aus seiner Zeit als Außenminister, wie mit geheimen Unterlagen umgegangen wird, welche Papiere sich zur Vorlage eignen und wo die Grenze liegt, hinter der Fragestellern nur noch Schweigen und Kopfschütteln geboten werden kann.

Dr. Gerhard Schröder erinnert sich auch exakt vergleichbarer Vorgänge. Er weiß noch, mit welchem Auftrag er 1961 seinen Staatssekretär Lahr in den Auswärtigen Ausschub des Bundestages

schickte, vor diesem grundsätzlich geheim tagenden Gremium darzustellen, daß Berlin in einem deutsch-sowjetischen Handelsabkommen berücksichtigt war, ohne daß es auch im Vertragstext entsprechende Anhaltspunkte gab.

Die Abgeordneten mußten sich darauf verlassen, daß die gegebene mündliche Empfehlung zur Zustimmung begründet war. Protokollnotizen, die es über die vorausgegangenen Verhandlungen mit den Sowjets auch damals gab, wurden nicht vorgezeigt. Die damalige Opposition kam aber auch gar nicht auf die Idee, deren "volle Vorlage" zu verlangen.

Der Ex-Außenminister Dr. Schröder wird sich auch eines zweiten Vorganges erinnern, als der jetzt pensionierte Botschafter Allardt eine ähnliche Abrede mit Polen dem Ausschuß zu begründen hatte. Als dort mehr konkrete Informationen verlangt wurden, mußte sich Allardt von seinem Minister ausdrücklich ermächtigen lassen, zwei Beauftragten des sowieso geheimen Ausschusses in einem Nebenraum ein einziges Blatt aus den Verhandlungsnotizen mit Polen zeigen zu dürfen. Aus ihm ging hervor, daß Berlin nicht unberücksichtigt bleiben würde.

Der damalige Außenminister Schröder, auch heute wieder in der Barzelschen Regierungsreserve für dieses Amt vorgesehen, wird möglicherweise aus der Erinnerung sogar den Schluß ziehen, daß die amtierende Bundesregierung in ihrer Informationsbereitschaft schon zu weit gegangen ist. Als distinguiertes Herr wird er das sicher nicht laut sagen. Was man von ihm aber billigerweise erwarten kann ist ein warnendes Wort an seine Freunde, den Bogen nicht weiter zu überspannen und sich zu erinnern was war und was sein würde, müßte Dr. Schröder tatsächlich noch einmal das Chefbüro an der Koblenzerstraße beziehen. (eh/ex/20.4.1972/ks)

+ + +

Wahlchancen in Baden-Württemberg.

Was letzte verlässliche Umfragen besagen

Von Dr. Heinz Brückner MdL

Stellv. Vorsitzender der SPD Baden-Württemberg

Wenn man die Wahlchancen der Bonner Koalitionsparteien und vor allem der SPD in Baden-Württemberg richtig einschätzen will, dann muss man folgende Fakten nüchtern prüfen:

1/ Bei der Landtagswahl 1968 hatten CDU und NPD zusammen 54 vH.; SPD und FDP zusammen 43,4 vH. aller abgegebenen Stimmen. Der Abstand betrug also 10,6 vH.

2/ Bei den Bundestagswahlen 1969 erreichten CDU und NPD zusammen 55,2 vH.; SPD und FDP 44 vH. Der Abstand betrug also 11,2 vH.

3/ Wegen des Wahlrechts in Baden-Württemberg (Überhangmandate) reichen der CDU in dieser Landtagswahl am Sonntag wahrscheinlich 48-49 vH. der Stimmen, um die absolute Mehrheit der Sitze zu erringen. Das heisst, auch mit einem Minus von sieben vH., im Vergleich zur Bundestagswahl, hat die CDU immer noch die Chance, die absolute Mehrheit der Sitze zu erreichen.

4/ Da die NPD zur Wahl der CDU aufgerufen hat, wäre die Verhinderung der absoluten Mehrheit der CDU als ein politischer Erdbeben zugunsten der Bonner Koalition zu werten. Die Koalition müsste (netto) sieben bis acht vH. ehemalige CDU-Wähler gewinnen.

5/ Nach den letzten verlässlichen Umfragen von Mitte März betrug der Abstand der Koalitionsparteien zur CDU neun vH. Die CDU lag bei 54 vH. Inzwischen befinden sich die Bonner Koalitionspartner in einem Trend nach oben. Sie haben jedoch nur eine Chance, die absolute Mehrheit der Sitze der CDU zu verhindern, wenn der letzte Sympathisant der Sozialdemokraten und Freien Demokraten an die Urne geht. Und jeder siebte ehemalige CDU-Wähler müsste dann SPD oder FDP wählen. Darum wird die SPD bis zur letzten Stunde kämpfen.

(-/ex/20.4.1972/mäu)